

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Ausverkäufer
aus für Auerbürger die Postanstalten
mit. — Erscheint wöchentlich.
Sprech- und Anschlag Nr. 53.

Verantwortlicher: Die Auerbürger
Zeitungsdruckerei für Auerbürger aus Auer
am 17. November 1926, 21. Jahrgang
Nr. 268

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 268

Mittwoch, den 17. November 1926

21. Jahrgang

Die Aufhebung der Militärkontrolle

Keine nennenswerten Unstimmigkeiten.

Berlin, 16. Nov. Durch die jüngste Aussprache zwischen Irland und dem deutschen Botschafter in Paris Dr. von Doehs sind die Verhandlungen über die Aufhebung der Militärkontrolle bzw. die Nebernahme der Kontrolle durch den Völkerbund in das Stadium der Entscheidung gebracht worden. Man kann behaupten, daß die wichtigsten Unstimmigkeiten beseitigt sind, daß insbesondere hinsichtlich der Festung Königberg und auch wegen der sogenannten „Wehrverbände“ keine Differenzen mehr bestehen. Wenn sich noch überhaupt Schwierigkeiten geltend machen, dann sind sie nicht auf Feststellungen zurückzuführen, daß die deutsche Regierung den von ihr eingegangenen Verpflichtungen „nicht nachgekommen“ sei, sondern mehr auf Stimmungsmomente, deren Bedeutung allerdings nicht überschätzt werden darf.

London, 15. Nov. Schwierigkeiten sollen sich, wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, zwischen der deutschen Regierung und der Botschafterkonferenz wegen einiger deutscher Fabriken ergeben haben, die sowohl für die Herstellung industrieller Produkte, wie auch für die Herstellung von Kriegsmaterial verwendet werden sollen. Ferner soll die Botschafterkonferenz gegen den Export gewisser chemischer und halbchemischer Produkte protestiert haben, weil diese zur Herstellung von Kriegsmaterial im Ausland benutzt werden könnten. Wie der Berichterstatter erfahren haben will, wird die deutsche Regierung gegen verschiedene Punkte bei der geplanten fünftägigen Völkerbunds-Konferenz erheben. Zunächst einmal dagegen, daß der Vorsitzende der neuen Völkerbunds-Kommission ein französischer General sein soll, sodann dagegen, daß die Völkerbunds-Kommission überwiegend aus alliierten Mitgliedern zusammengesetzt sein soll, drittens dagegen, daß alle Alliierten in der Kontrollkommission vertreten sein müßten; viertens gegen den Ausschluß der deutschen Delegierten von der Völkerbunds-Konferenz oder dem zuständigen technischen Komitee des Völkerbundes bei der Beratung über Deutschlands Entwaffnung; fünftens gegen den ständigen Aufenthalt der neuen Völkerbunds-Kommission auf deutschem Gebiet und gegen jede Erweiterung ihrer Befugnisse, die über gelegentliche Inspektionen, die vom Völkerbunds-Rat angeordnet werden müssen, hinausgehen. Schließlich werde die deutsche Regierung entschieden die Einsetzung einer ständigen Kommission im entmilitarisierten Rheinland ablehnen.

Der gefährliche „Zeitfaden“.

In nationalistischen Kreisen Frankreichs ist in den letzten Tagen ein Vorkaus in dem „Zeitfaden für den deutschen Deeresunterricht“ ausgeschaltet worden, der so ausgedeutet wird, als präge er den jungen Soldaten in der deutschen Reichswehr den Revanchegedanken ein, mit dem Ziel der Wiedereroberung Elsaß-Lothringens. Politik im Jahre ist immer eine mißliche Sache, und besonders mißlich wäre es, wenn durch überflüssige Schlagworte den Gegnern Deutschlands Waffen in die Hand gegeben würden.

Man hat Grund anzunehmen, daß dieser Zeitfaden eine nicht unbedeutende Rolle in den deutsch-französischen Verhandlungen über die Völkerbunds-Kontrolle spielt, und nicht gerade eine förderliche. Trotzdem wird man den Verhandlungen selbst ein günstiges Prognostikum stellen dürfen. Ein Beauftragter des Auswärtigen Amtes hat sich seit einigen Tagen in Paris auf, wo er mit den in Betracht kommenden französischen Stellen in Verbindung gesetzt hat. In Berlin wird die Aussprache zwischen den Vertretern der Reichsregierung und General Walsh fortgesetzt.

Auf deutscher Seite besteht der Wunsch, noch vor der Tagung des Völkerbunds-Rates im Dezember zu einem befriedigenden Abkommen zu gelangen oder es wenigstens so weit gefördert zu sehen, daß in Genf selbst in einer persönlichen Aussprache zwischen Dr. Stresemann, Irland und Chamberlain das Abkommen geschlossen werden kann.

Chamberlain kommt nach Genf.

London, 15. Nov. Offiziell verlautet, daß der Außenminister Chamberlain England bei der nächsten Tagung des Völkerbunds-Rates am 6. Dezember in Genf vertreten wird. In dieser Tagung werden voraussichtlich die Abdrückungsfragen ausführlich erörtert.

Von der Militärkontrollkommission.

Paris, 15. Nov. Der Vorsitzende der internationalen Militärkontrollkommission in Deutschland, Divisionsgeneral Walsh, ist für die Dauer seiner Tätigkeit mit dem Rang und den Befugnissen eines Armeekorpskommandanten bekleidet worden.

Mussolini schwärmt von einer französisch-italienischen Entente.

Interview Mussolinis mit Sauerwein. — Mißbrauch des Asylrechtes!

Paris, 15. Nov. „Matin“ veröffentlicht ein Interview Sauerweins mit Mussolini. Hinsichtlich der italienisch-französischen Zwischenfälle erklärte Mussolini, jetzt sei alles geregelt. Die antispanischen Kundgebungen verurteile er. Er habe die strengsten Maßnahmen getroffen, damit derartige Vorkommnisse sich nicht wiederholen. Dafür übernehme er die Garantie. Die Stimme des italienischen Volkes richte sich gegen Frankreich, weil es die Wahlscheinart aller Verschwörer gegen das faschistische Regime sei. Er achte das Asylrecht und wache darüber selbst in Italien, aber man dürfe es nicht verwechseln mit dem Mißbrauch des Asylrechtes. Sicherlich genüge eine einfache verwaltungstechnische Polizeimaßnahme, um diese Unruheherde zum Schweigen zu bringen. Eine übergroße Empfindlichkeit habe stets zwischen Frankreich und Italien gerade wegen ihrer ständigen Beziehungen und großen Sympathie für einander bestanden. Der Einfluß der Zeitungen eines anderen Landes, zum Beispiel Deutschlands, sei in Italien gleich Null, aber die in Paris erscheinenden Zeitungen fänden stets einen tiefgehenden Widerhall. Hinsichtlich des Langer-Status seien die Schwierigkeiten jetzt beseitigt. Die englische Regierung habe darauf bestanden, daß Italien dem Langer-Statut beitrete. Die vorgesehene Lösung gebe Italien volle Genugtuung. Mussolini schloß, er habe keinen Zweifel, daß nach den letzten Zwischenfällen Frankreich und Italien in eine Periode ausgezeichneter Beziehungen eintreten würden. Er habe niemals eine gefundene europäische Politik ohne eine enge französisch-italienische Entente ins Auge gefaßt. Er habe angeordnet, daß die Politik in den Zeitungen eingestellt werde. Es werde im Parlament zum Ausdruck gebracht, was er gegenüber Frankreich fühle. Er werde dabei erklären, daß die Politik Irlands von einem selbständigen und sympathischen Verstehen für die Bestrebungen und Bedürfnisse Italiens beeinflusst gewesen sei.

Die Auflegung der italienischen Staatsanleihe.

Rom, 15. Nov. Die durch Dekret vom 6. November genehmigte 3prozentige Staatsanleihe wird vom 18. November 1926 bis zum 18. Januar 1927 zum Kurse von 87,5 zur Zeichnung aufgelegt werden. Die Anleihe wird vom 1. Januar 1927 ab verzinst. Im Ausland wohnende Italiener können sich an der Anleihe beteiligen. Während für Europa und die Länder des Mittelmeeres die Zeichnung am 18. Januar 1927 geschlossen wird, wird die Zeichnungsfrist für die übrigen Länder bis zum 31. März 1927 verlängert.

Panik an der italienisch-jugoslawischen Küste.

Paris, 15. Nov. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ veröffentlicht ein Telegramm, wonach die jugoslawische Regierung an der italienischen Grenze Truppen zusammengezogen und eine Teilmobilisierung angeordnet habe. Nach Meldungen von anderer Seite soll in den von Slawen bewohnten Grenzgebieten Italiens eine Panik ausgebrochen sein. Aus Triest, Udine und anderen Grenzstädten nach Valsbach geflüchtete Slawen berichteten von unerhörten Ausschreitungen der faschistischen Banden, die die Häuser der slawischen Bevölkerung überfallen hätten und diese in Massen über die Grenze trieben. In Valsbach sollen daraufhin grobe antitalienische Demonstrationen stattgefunden haben, und der Polizei soll es nur mit Ausbleitung aller Kräfte gelungen sein, das italienische Grenzgebiet zu sichern.

Motorische Kraft aus dem Meerwasser.

Paris, 15. Nov. In der Akademie der Wissenschaften berichtete der durch seine Forschungen über flüssige Luft bekannte Gelehrte George Claude über eine aufsehenerregende Neuentdeckung. Er will in der Lage sein, aus dem Meerwasser durch Ausnutzung der Temperaturunterschiede zwischen dem von den Tropen kommenden Oberflächennwasser und dem aus den Polarmeen kommenden kalten Wassermengen motorische Kraft zu gewinnen. Aus 1000 Kubikmeter warmen und kalten Wassers pro Sekunde will er 400 000 Kilowatt erzielen.

Mussolini und der deutsch-italienische Luftverkehr.

Berlin, 15. Nov. Wie mitgeteilt wird, hat der italienische Ministerpräsident Mussolini den Direktor der Deutschen Luftkansa Bronski in Gegenwart des deutschen Botschafters in Rom v. Neurath zu eingehender Besprechung des Zusammenarbeitens von Deutschland und Italien auf dem Luftverkehrsgebiet, insbesondere zwischen der Deutschen Luftkansa und dem Aero Lloyd Italiano, empfangen. Mussolini brachte am Schluß der Besprechung die besten Wünsche für die deutsche Luftfahrt zum Ausdruck.

Der Aufstand auf Java.

Batavia, 15. Nov. Die Regierung hat eine starke Truppenmacht nach der Westküste von Bantam zur Verhütung dieses Gebietes abgeordnet. Bei Labean hatten Militärabteilungen an verschiedenen Stellen Zusammenstöße mit kommunistischen Banden, wobei fünf Kommunisten getötet wurden. Zahlreiche weitere Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Abschiebung katalanischer Aufständischer.

Paris, 15. Nov. Wie die Agence Havas aus Perpignan berichtet, sind heute elf der in Perpignan verbliebenen katalanischen Aufständischen an die belgische Grenze abgehoben worden. Mit den übrigen soll ein Gleiches geschehen.

Weitere Steuerermäßigungen in Amerika.

New York, 15. Nov. Schatzsekretär Mellon erklärte, daß den Steuerzahlern bei der nächstjährigen Einkommensteuerzahlung mindestens 15 Prozent statt der bisher vorgesehenen 12 1/2 Prozent des Betrages angerechnet werden sollen, den sie im letzten Jahre gezahlt haben, da der Budgetüberschuß voraussichtlich über 300 Millionen Dollar betragen werde.

Die Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

London, 15. Nov. Die ersten Abstimmungen der Bergarbeiter in den Kohlenbezirken sind zugunsten der Annahme der Regierungsvorschläge für eine Einigung ausgefallen, und zwar haben sich Versammlungen von Bergarbeitern in Cheadle, Blaenavon, Garndiffaith und Abertillery in Südwales in diesem Sinne ausgesprochen. Ebenfalls haben sich die Bergarbeitervertretungen von Dorffshire und Warwickshire mit großer Mehrheit für die Annahme der Regierungsvorschläge entschieden.

New York Times über Deutschland.

New York, 15. Nov. „New York Times“ schreibt im Leitartikel, die deutschen Nationalisten gestatteten sich zuweilen den Luxus eines kleinen Ausfalls gegen die auswärtige Politik Dr. Stresemanns, die Sozialisten führten Beunruhigung wegen der überfreundlichen Haltung gegenüber den Hohenzollern, und die Freunde der Republik seien besorgt um den Bestand der Republik infolge der Memordprozesse. Indessen gewänne man von der politischen Lage Deutschlands den Gesamteindruck einer fortschreitenden Stabilisierung. Jedenfalls habe das deutsche Volk in der Prüfungzeit des letzten Jahres den Beweis eines starken Verantwortungsbewusstseins gegeben.